



CDU-Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin ruft offen zum Rechtsbruch auf

Laut dpa vom 06.01.2011 warnt Julia Klöckner mal wieder vor der "Einheitschule", die die SPD "mit ihrer Schulreform durch die Hintertür einführen" will. Zugleich droht sie an, "bei der Bildung keine Kompromisse (zu) machen", sollte sie die Wahl gewinnen.

Wovor muss man sich nun mehr fürchten?

Sicher vor Klöckner, die in einer kruden, aggressiven und vor Unkenntnis der Sachlage strotzenden Mischung die vermeintlichen bildungspolitischen Vorstellungen der CDU unters Volk bringen will.

Sie versteigt sich sogar zu gesetzwidrigen Aussagen, wenn sie den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern beenden will: "Mit mir als Ministerpräsidentin wird damit Schluss sein", tönt sie mit Bezug auf die Absicht der Landesregierung, endlich auch an den Gymnasien gemeinsamen Unterricht einzurichten. Diese Absicht formuliert sie, obwohl sie sicher weiß, dass die von Bundestag und allen Länderparlamenten ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention **längst geltendes Recht** ist. Mit der Ankündigung, geltendes Recht zu brechen, hat sie in Deutschland als Bewerberin für ein politisches Spitzenamt sicher ein Alleinstellungsmerkmal. Darüber hinaus verletzen und beleidigen solche Äußerungen all die Eltern, denen das Recht auf inklusiven Unterricht ihrer behinderten Kinder nun endgültig verbrieft ist.

Auch Rheinland-Pfalz muss die Behindertenrechtskonvention umsetzen, egal wer regiert. Dass die CDU programmatisch derzeit über diese Hürde, ein inklusives Schulsystem einzurichten, nicht hinwegkommt, ist ja keine Überraschung. Dass sie den Sprung darüber aber vorbereiten muss, macht ihr offensichtlich sehr große Sorgen, sonst müsste sie sich nicht so sehr aufregen und solchen Unsinn verbreiten.

Der Kern ihrer Unruhe besteht darin, dass damit nichts weiter von ihr verlangt wird, als sich vom bestehenden Schulsystem zu trennen, zu dessen Verteidigerin – zusammen mit ihren willfährigen Hilfstruppen wie Philologenverband u.a. – sie sich ja immer wieder glaubt aufschwingen zu müssen. Die Landesregierung hat einen sicher verbesserungswürdigen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention vorgelegt, die CDU wird nicht umhinkommen, sich ihm anzuschließen bzw. ihn weiterzuentwickeln.

Was Frau Klöckner zur sog. Schulreform der Landesregierung sagt, die man ja durchaus kritisieren muss, klingt gerade so, als handele es sich lediglich

um Ankündigungen der Landesregierung. Dass diese Reform seit 2008 durch die damals vom Landtag beschlossene Schulgesetznovelle längst die Rechtsgrundlage des Schulsystems darstellt, scheint sie ebenso wenig mitbekommen zu haben wie die Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention. Gesetze werden nicht im Hauruck-Verfahren wieder geändert, genau dies aber scheint sie vorzuhaben. Damit fällt ihr Vorwurf, unsere Kinder würden verzockt und seien keine "Experimentierobjekte" mit voller Wucht auf sie zurück.

Wo auch immer man in ihrem Text hinschaut, überall Unkenntnis, Halbwissen und falsche Darstellungen. Was meint sie mit der Injurie, "an den Gymnasien würden Fächer zusammengelegt"? Das Fach "Naturwissenschaften" in der Orientierungsstufe, das in der Tat mit schon längst vorliegendem Curriculum für alle Sekundarstufenschulen praktiziert wird, fachlich und pädagogisch wohl begründet? Oder was sonst?

Falsch ist auch ihre Behauptung, Rheinland-Pfalz entziehe sich Vergleichsuntersuchungen. Rheinland-Pfalz hat VERA für die Grundschule erfunden, eine Vergleichsuntersuchung in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache. VERA wird längst bundesweit angewandt und war außerdem Grundlage für die bundesweiten Leistungsvergleiche in den achten Klassen. Selbstverständlich nimmt Rheinland-Pfalz an diesen Vergleichen teil.

Wer informiert eigentlich diese potentielle Ministerpräsidentin, deren Äußerungen doch nur noch peinlich sind?

Wo sie konkret werden könnte und auch ihre Kritiker möglicherweise zustimmen könnten, bei der Forderung nach mehr Lehrerstellen – 1250 will sie zusätzlich einstellen – fehlt ein klarer Hinweis, wie sie diese mehr als 60 Mio. € pro Jahr aufbringen will. Einmal abgesehen von dieser ziemlich willkürlichen Zahl von 1250 Stellen – warum z. B. fordert sie nicht 1500 oder nur 1000 –, sagt sie dazu nur, dass dies "teils mit Einsparungen im Landeshaushalt gegenfinanziert werden" soll. Ein bisschen genauer wäre nicht schlecht und dürfte von einer Politikerin, die als seriös wahrgenommen werden möchte, auch erwartet werden.

Wer glaubt mit solch vagen Parolen Politik machen zu wollen, hat in diesem Feld nichts verloren.

Man kann nur hoffen, dass eine "Politikerin", die solch unausgegorenen Quatsch vor sich herträgt, nie und nimmer eine verantwortliche Rolle in der Landespolitik übernehmen darf, auf gar keinen Fall in der Bildungspolitik.